

Herrn  
Hessischen Minister  
für Kultus, Bildung und Chancen  
Luisenplatz 10  
65185 Wiesbaden

Aktenzeichen II/041b

Datum 10. Oktober 2024

## **Resolution anlässlich des Tags der Lehrkraft (UNESCO-Weltlehrreritag)**

**am 5. Oktober 2024**

### **Es ist Zeit für bessere Lern- und Arbeitsbedingungen!**

Den von der UNESCO initiierten Weltlehrreritag nehmen wir zum Anlass, um gegen die unbewältigten Probleme an den Schulen zu protestieren: Zu wenige Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte, Überlastung und kaum Zeit für die individuelle Förderung der Kinder, Containerschulen und marode Schulbauten. Es bedarf mehr als warmer Worte, um diese Herausforderungen zu lösen.

Laut Kultusminister Armin Schwarz ist dieses Ziel in Hessen erfüllt, denn „*bestmögliche Bildung*“ werde durch „*so viele Lehrkräfte wie noch nie*“ sichergestellt. Wir hingegen müssen feststellen: Die Grundlagen für qualitativ hochwertige Bildung sind in Hessen bei Weitem nicht ausreichend erfüllt!

Wir sagen: Es mögen mehr Lehrkräfte an den Schulen beschäftigt sein, aber die Schüler:innenzahlen sind noch viel stärker angestiegen! Außerdem unterrichten bereits jetzt viele Kolleg:innen (13 Prozent der Lehrkräfte an hessischen Schulen), ohne hierfür ausgebildet zu sein und angemessen qualifiziert zu werden – meist auf befristeten Stellen.

### **Vieles ist „auf Kante genäht“!**

Der Lehrkräftemangel und auch die bei uns steigende Zahl der Schüler:innen führt zu einer weiteren Zunahme der Arbeitsbelastung. Uns fehlt an allen Ecken und Enden die notwendige Zeit. Dabei ist Zeit für jede und jeden Einzelnen die Grundvoraussetzung für gute pädagogische Arbeit!

Laut einer empirischen Erhebung für den Raum Frankfurt arbeiten Lehrkräfte pro Woche im Durchschnitt 48 Stunden und 27 Minuten. Eine so lange Arbeitszeit geht auf Dauer mit erheblichen gesundheitlichen Risiken einher. So wird unser Beruf immer unattraktiver. Die hohe Arbeitsbelastung und die gesundheitlichen Folgen schrecken den Lehrkräfte-Nachwuchs ab. Weniger als die Hälfte der Lehramtsstudierenden erwirbt das zweite Staatsexamen. Wir erleben, dass viele Referendar:innen nach dem „Praxis-Schock“ das Handtuch schmeißen und einen anderen Beruf wählen.

Wir können unter diesen Bedingungen nicht länger gewährleisten, dass Kinder und Jugendliche unabhängig von deren sozialer Herkunft gute Bildung erhalten. Die Ergebnisse der jüngsten Bildungsvergleichsstudien sind deshalb auch keine Überraschung. Es ist ein besorgniserregender Trend, dass die Leistungen im Lesen, Schreiben und Rechnen stetig abnehmen, und dass zunehmend das Elterneinkommen den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler bestimmt. Diese Entwicklung gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Eine wichtige Rolle für die Qualität der Bildung spielt auch der Zustand der Schulgebäude und die sachliche Ausstattung der Schulen. Marode Schulgebäude, schlecht ausgebaute Schulhöfe und zu

wenig Platz in den Klassenzimmern sind traurige Realität in Hessen. Nach vorsichtigen Schätzungen beläuft sich der Investitionsstau im Bereich der Gebäude in Hessen auf mindestens fünf Milliarden Euro. Wir fordern die Landesregierung auf, den Schulträgern mit ausreichenden Mitteln unter die Arme zu greifen.

Um tatsächlich „bestmögliche Bildung“ zu erreichen, brauchen wir Lehr- und Fachkräfte mehr Zeit für unsere Arbeit – deshalb fordern wir eine Bildungsoffensive, die das Verhältnis von Lehrkräften zu Schüler:innen deutlich verbessert und die Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte reduziert. Zudem fordern wir bessere Bedingungen für Sozialpädagog:innen und mehr multiprofessionelle Teams! Pädagogische Arbeit erfordert individuelle Zuwendung und braucht Zeit! Unabdingbare Voraussetzung hierfür sind mehr öffentliche Mittel für das Personal an Schulen, aber auch für die Bildungsinfrastruktur.

## **Es ist Zeit für bessere Lern- und Arbeitsbedingungen!**

**Im Landtagswahlkampf haben alle Parteien bessere Bedingungen für Bildung versprochen. Diese Versprechen müssen jetzt von der neuen Landesregierung eingelöst werden. Konkret fordern wir:**

- Eine ehrliche Bestandsaufnahme der benötigten Vollzeitstellen von Lehrkräften und unterrichtenden Sozialpädagog:innen.
- Eine Senkung der Pflichtstunden um mindestens eineinhalb Pflichtstunden für alle Lehrämter. Außerdem dürfen Lehrkräften ohne Lehramt nicht länger schlechter gestellt werden.
- Eine deutliche, schrittweise Absenkung der Klassenobergrenzen und in einem ersten Schritt die sofortige Zurücknahme der Erhöhung der Schüler:innen-Obergrenzen für Intensivklassen von maximal 16 auf 19.
- Eine Anrechnung von Klassen und Kursleitungen auf die zu haltenden Pflichtstunden.
- Eine deutliche Erhöhung des Schuldeputats für alle Schulformen.
- Eine angemessene Entlastung für neue Aufgaben, die von den Schulen übernommen werden.
- Mehr Entlastung für die Mentor:innen zur Stärkung der Ausbildung neuer Kolleg:innen.
- Den bedarfsgerechten Ausbau multiprofessioneller Teams. Hierzu bedarf es ausreichend Zeit für die Kooperation, die auch bei Lehrkräften mit Ressourcen hinterlegt werden muss.
- Eine Erhöhung der Freistellung der Personalräte.
- Einen Staatsvertrag, der alle Bundesländer zu einer bedarfsgerechten Ausbildung von Fachpersonal an Schulen verpflichtet – hierfür sollte sich die neue Landesregierung einsetzen.
- Die Bereitstellung von Lehramtsstudienplätzen für alle interessierten Personen.
- Eine so schnell wie möglich erfolgende Erleichterung bei der Anerkennung ausländischer Lehramtsabschlüsse.
- Weitreichende Weiterbildungsangebote für alle Vertretungslehrkräfte, um diesen eine Perspektive zu bieten, und um diese bereits eingearbeiteten Personen dauerhaft zu beschäftigen.
- Aufhebung des Ressourcenvorbehalts im Bereich der inklusiven Beschulung. Das Menschenrecht auf Teilhabe darf nicht an fehlenden Ressourcen scheitern. Lehrkräfte, unterrichtende Sozialpädagog:innen und sozialpädagogische Fachkräfte müssen diesem Menschenrecht Geltung verschaffen können.
- bessere Arbeitsbedingungen für Teilzeitlehrkräfte, die echte Entlastungen bringen.

- Erhebung des Investitionsbedarfs im Schulbereich auf der Ebene der Schulträger und ein auskömmliches Landesprogramm, das den bestehenden Investitionsstau in zehn Jahren abbaut.

**Resolution des Hauptpersonalrates Schule, besprochen und gezeichnet in der internen Sitzung des HPRS vom 10. Oktober 2024**

Wiesbaden, den \_10. Oktober 2024\_

Mit freundlichen Grüßen



Peter Zeichner